

Antrag

der Abgeordneten Sigmar Gabriel, Ute Vogt, Heinz-Joachim Barchmann, Dirk Becker, Marco Bülow, Gerd Bollmann, Uwe Beckmeyer, Bernhard Brinkmann (Hildesheim), Edelgard Bulmahn, Garrelt Duin, Sebastian Edathy, Petra Ernstberger, Karin Evers-Meyer, Iris Gleicke, Hubertus Heil (Peine), Ulrich Kelber, Lars Klingbeil, Dr. Bärbel Kofler, Ute Kumpf, Gabriele Lösekrug-Möller, Kirsten Lühmann, Caren Marks, Dr. Matthias Miersch, Thomas Oppermann, Holger Ortel, Dr. Wilhelm Priesmeier, Dr. Carola Reimann, Frank Schwabe, Dr. Martin Schwanholz, Dr. Carsten Sieling, Kerstin Tack, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Rückholung der Atommüllfässer aus der Asse II beschleunigen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In die Schachtanlage Asse II wurden zwischen 1967 und 1978 radioaktive Abfälle eingelagert. Bereits seit langem ist bekannt, dass das ehemalige Bergwerk Asse II nicht die Anforderungen an ein Endlager für radioaktive Abfälle erfüllt, da es ungünstige geologische, bergbauliche und geomechanische Randbedingungen aufweist. Seit 1988 ist ein Lösungszutritt aus dem Deckgebirge bekannt.

2009 hat die Bundesregierung dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) die Verantwortung für die Asse übertragen, mit der Vorgabe, die sichere Schließung der Anlage nach den Maßstäben des Atomrechts zu erreichen. Nach jetzigem Kenntnisstand ist dies nur durch die Rückholung der Abfälle gewährleistet. Der schlechte bauliche Zustand lässt hierfür nur eine begrenzte Zeit zu.

Im Laufe des BfS-Projekts „Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Asse“ kommt es zu Verzögerungen. Im Kern sind diese bedingt durch die sehr strikte Anwendung des Atomrechts, die nicht ausreichend berücksichtigt, dass es bei der Asse II nicht um die Genehmigung eines neuen Endlagers geht, sondern um die Abwendung von Gefahren aus einem nicht genehmigungsfähigen Endlager.

Aktuell kommt es zu einer Verzögerung beim Anbohren der Einlagerungskammer 7, um Informationen über die in der Kammer herrschende Atmosphäre, die dort anzutreffenden radiologischen Belastungen und den Zustand der Kammer und der dort eingelagerten Gebinde zu erhalten. Ursache für die Zeitverzögerung ist unter anderem, dass sich kein Unternehmen gefunden hat, die vorgeschriebene umfangreiche Versorgung mit Stickstoff für den Fall eines Brandes per Lkw sicherzustellen. Deshalb ist vom Betreiber geplant, zeitaufwändig am Bergwerksgelände eine eigene Luftzerlegungsanlage zu installieren und zu betreiben.

Darüber hinaus müssen die 80 000 Liter kontaminierte Lauge vor der Einlagekammer 12 beseitigt und entsorgt werden, da diese Fläche unabdingbar für die Einrichtung des Bohrplatzes benötigt wird.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,
zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren

- eine „Task-Force“, bestehend aus dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Niedersächsischen Minister für Umwelt und Klimaschutz, dem Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz sowie dem Landrat und einem Vertreter der Bürgerinitiative, einzurichten, um unverzüglich, längstens innerhalb von sechs Wochen, die Standsicherheit des Bergwerks mit Blick auf die langfristige Sicherheit von Mensch und Umwelt vor Auswirkungen durch die in der Asse eingelagerten radioaktiven Abfälle und die dazu erforderliche Rückholung der in der Asse eingelagerten Abfälle zu klären,
- zu prüfen, ob zur Gefahrenabwehr verstärkt die einschlägigen Paragraphen des Atomgesetzes herangezogen werden können.

Berlin, den 17. Januar 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion